



Andreas von Below ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bulgarien.

100 TAGE KABINETT BORISSOV – TRANSPARENTER POLITIK- STIL UND VERSTÄRKT WESTBINDUNG

Andreas von Below / Borislav Wankow



Borislav Wankow ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Bulgarien.

Das zentrale politische Ereignis des Jahres 2009 in Bulgarien waren die Parlamentswahlen am 5. Juli, aus denen die Partei GERB unter der Führung des ehemaligen Oberbürgermeisters von Sofia, Bojko Borissow, mit 39,71 Prozent und 116 Sitzen in der 240 Sitze umfassenden Nationalversammlung als Sieger hervorging. Allerdings verfehlte die Partei die absolute Mehrheit, die bei 121 Sitzen festgelegt ist, denkbar knapp. Borissow gelang es relativ schnell, ein Minderheitskabinett zu bilden, das nach 100 Tagen im Amt eine insgesamt positive Bilanz vorzuweisen hat.

VORGESCHICHTE: BULGARIEN ZWISCHEN 1989 UND 2009

Die politische Wende wurde in Bulgarien am 10. November 1989 eingeleitet, als der greise Partei- und Staatsführer Todor Shiwkov durch jüngere Parteikader abgelöst wurde. Bei den ersten freien Wahlen im Jahr 1990 gewann die, in Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) umbenannte BKP die meisten Sitze. Nur ein Jahr später gewann allerdings bereits die antikommunistische Sammelbewegung Union der Demokratischen Kräfte (SDS) unter Philip Dimitrov die politische Vorherrschaft. Damit entstand in Rumänien die erste nichtkom-

unistische Regierung seit 1946. Die SDS verlor bereits nach einem Jahr aufgrund des Koalitionsbruchs der türkischen Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS/BRF) die Mehrheit. Daraufhin wurde eine „überparteiliche Expertenregierung“ unter Premier Ljuben Berov installiert. Die Parlamentswahlen 1994 gewann wiederum die BSP. Im Jahr 1996 bis 1997 kam es zu einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise. Nach Massenprotesten wurden 1997 Neuwahlen anberaumt, bei denen die Vereinigten Demokratischen Kräfte (ODS) unter Führung der SDS die absolute Mehrheit erringen konnte. Das Kabinett der ODS unter Ministerpräsident Iwan Kostov führte die längst überfälligen wirtschaftlichen und politischen Umgestaltungen durch.

Im Frühjahr 2001 kehrte der Exilmonarch Simeon II. von Sachsen-Coburg-Gotha (bürgerlich: Simeon Sakskoburggotski) ins Land zurück, das er 1946 als Neunjähriger verlassen hatte, schaltete sich aktiv in die Politik ein und erreichte mit seiner „Nationalbewegung Simeon II.“ (NBSW) fast 43 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen am 17. Juni. Damit verfehlte er die absolute Mehrheit nur um einen Sitz. Die ODS erreichten 18, die BSP 17 und die DPS sieben Prozent. Danach wurde Bulgarien von einer Koalition zwischen NBSW und der türkischen DPS regiert, der sich auch die BSP informell angegliedert hatte. Die Vereinigten Demokratischen Kräfte ODS, bestehend aus der SDS, der Bauernpartei und der Demokratischen Partei, befanden sich in der Opposition.

Bei der Parlamentswahl vom 25. Juni 2005 wurde die regierende NBSW klar abgewählt; sie erreichte lediglich 19,8 Prozent der Stimmen. Wahlsieger wurde die postkommunistische BSP mit 31 Prozent. Die bürgerliche Koalition ODS, an der die SDS teilnahm, erhielt 7,7 Prozent der Stimmen, die bürgerliche Koalition unter Führung der DSB 6,5 Prozent, die liberale Koalition Bulgarische Volksunion (BNS) 5,2 Prozent, die ultranationalistische Koalition (später Partei) Ataka 8,2 Prozent und die türkische DPS 12,8 Prozent. Die sehr breite Regierungskoalition wurde aus der BSP, der Königsbewegung NBSW und der DPS gebildet. Ministerpräsident wurde der bei seinem Amtsantritt erst 39-jährige Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Sergej Stಾನishev.

Bei der Parlamentswahl vom 25. Juni 2005 wurde die regierende NBSW klar abgewählt; sie erreichte lediglich 19,8 Prozent der Stimmen. Wahlsieger wurde die postkommunistische BSP mit 31 Prozent. Die bürgerliche Koalition ODS, an der die SDS teilnahm, erhielt 7,7 Prozent der Stimmen, die bürgerliche Koalition unter Führung der DSB 6,5 Prozent, die liberale Koalition Bulgarische Volksunion (BNS) 5,2 Prozent, die ultranationalistische Koalition (später Partei) Ataka 8,2 Prozent und die türkische DPS 12,8 Prozent.

DIE WAHLEN 2009 UND DIE REGIERUNGSBILDUNG

Das zentrale politische Ereignis des Jahres 2009 waren die Parlamentswahlen am 5. Juli. Überzeugender Sieger wurde die Partei GERB unter der Führung des damaligen Oberbürgermeisters von Sofia, Bojko Borissow, mit 39,71 Prozent der Stimmen. Damit konnte die Partei 116 Sitze in der Nationalversammlung belegen. Eine absolute Mehrheit verfehlte die Partei allerdings knapp. Großer Wahlverlierer waren die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) unter Sergej Stanishev mit 17,72 Prozent und 40 Sitzen sowie die mit 3,02 Prozent an der Vier-Prozent-Hürde gescheiterte NDSW des Ex-Monarchen Simeon Saksokoburgotski. Als einziger Partei in der Regierungskoalition gelang es der Interessenvertretung der türkischen Minderheit, der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) mit Achmed Dogan an der Spitze, sich mit 14,46 Prozent und 38 Sitzen gegenüber der Wahl 2005 zu steigern. Damit konnte die DPS das beste Resultat in ihrer Geschichte erreichen und mit den Sozialisten gleichziehen. Die nationalistische Ataka mit Parteichef Wolen Siderow bekam 9,36 Prozent und 21 Sitze. Die bürgerliche Blaue Koalition, bestehend aus der Union Demokratischer Kräfte (UDK) unter dem Vorsitzenden Martin Dimitrov und den Demokraten für ein starkes Bulgarien (DSB) mit ihrem Vorsitzenden Iwan Kostov sowie einigen kleineren Parteien erreichte 6,76 Prozent und 15 Sitze. Der Sprung über die Vier-Prozent-Hürde gelang auch der von Jane Janev geführten Partei Ordnung, Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit (RZS) mit 4,13 Prozent und zehn Sitzen. Damit sind im bulgarischen Parlament insgesamt sechs Parteien und Koalitionen vertreten.

Die Organisation Transparency International Bulgarien berichtete über zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung. Explizit hervorgehoben werden der organisierte Stimmenkauf und die Ausübung politischen Drucks auf Wähler, sich für bestimmte Konstellationen zu entscheiden. Nach Schätzungen von Transparency International sollen rund 14,5 Prozent der Stimmen unfrei abgegeben worden sein. Auch bei der Abstimmung im Ausland soll es zu massiven Manipulationen gekommen sein. Die Vorwürfe über Regelverstöße haben inzwischen zum Rücktritt der Botschafter in den USA und der Türkei geführt.

Beobachter waren im Vorfeld des Urnenganges von einer langwierigen und komplizierten Regierungsbildung ausgegan-

gen. In Wirklichkeit gelang es Borissov erstaunlich schnell, ein Kabinett zusammenzustellen. Das bulgarische Parlament wählte ihn und den von ihm vorgeschlagenen Ministerrat (Regierung) bereits am 27. Juli mit der breiten Mehrheit von 162 Stimmen, bei nur 77 Gegenstimmen. Da GERB die stärkste Fraktion bildet, jedoch über keine absolute Mehrheit verfügt und Borissov eine Koalitionsregierung ablehnte, wurde ein Minderheitskabinett gebildet, das sich auf die Unterstützung der radikalen Partei Ataka, der bürgerlichen Blauen Koalition sowie der Partei Recht, Ordnung und Gerechtigkeit (RZS) stützt. In der Opposition stehen die Sozialistische Partei (BSP) und die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS). Dem neuen Kabinett gehören eine Reihe junger Experten an, die zum Teil aus renommierten internationalen Institutionen stammen. Dazu zählt der Finanzminister und Vizepremier Simeon Djankov (39), der bisher bei der Weltbank in Washington tätig war. Innenminister und zweiter Vizepremier wurde der GERB-Vorsitzende Zwetan Zwetanov (44).

Beobachter waren im Vorfeld des Urnenganges von einer langwierigen und komplizierten Regierungsbildung ausgegangen. In Wirklichkeit gelang es Borissov erstaunlich schnell, ein Kabinett zusammenzustellen. Das bulgarische Parlament wählte ihn und den von ihm vorgeschlagenen Ministerrat (Regierung) bereits am 27. Juli mit der breiten Mehrheit von 162 Stimmen, bei nur 77 Gegenstimmen. Da GERB die stärkste Fraktion bildet, jedoch über keine absolute Mehrheit verfügt und Borissov eine Koalitionsregierung ablehnte, wurde ein Minderheitskabinett gebildet, das sich auf die Unterstützung der radikalen Partei Ataka, der bürgerlichen Blauen Koalition sowie der Partei Recht, Ordnung und Gerechtigkeit (RZS) stützt.

Die Gründungsversammlung der Partei GERB (Bürger für die europäische Entwicklung Bulgariens) fand am 3. Dezember 2006 in Sofia statt. Informeller Parteiführer ist Bojko Borissov, der zum Zeitpunkt der Parteigründung Oberbürgermeister von Sofia war. Da Borissov selbst aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung nicht gleichzeitig den Parteivorsitz und das Amt des Oberbürgermeisters innehaben durfte, wählten die Delegierten den damaligen stellvertretenden Bürgermeister der Hauptstadt und als „rechte Hand“ Borissovs bekannten Zwetan Zwetanov zum formellen Chef der neuen Formation.

Programmatisch gilt GERB als bürgerliche Partei. Das politische Programm ist nach den Worten von Zwetan Zwetanov mit der Christlich-Sozialen Union in Bayern, zu der enge Kontakte bestehen, ausgearbeitet worden. Es umfasst vier Hauptpunkte: den Menschen und die Familie, die Marktwirtschaft, den Staat und die Gesellschaft sowie die Umwelt. GERB ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP).

Bojko Borissov (50) hat eine Ausbildung zum Feuerwehrmann an der Hochschule des Innenministeriums absolviert und war

danach im Innenministerium tätig. Von 1985 bis 1990 war er Dozent an der Hochschule des Innenministeriums und wurde dort zum Doktor promoviert. Im Jahr 1990 schied er aus dem Staatsdienst aus und gründete eine private Sicherheitsfirma. In dieser Eigenschaft war er zeitweilig Leibwächter des angesetzten kommunistischen Staats- und Parteichefs Todor Zhivkov sowie des Ex-Monarchen und späteren Ministerpräsidenten Simeon Saksoburggotski. Im Jahr 2001 wurde er zum Hauptsekretär und damit zum ranghöchsten Beamten des Innenministeriums in der Regierung von Simeon Saksoburggotski bestellt. Vier Jahre später wurde er zum Oberbürgermeister von Sofia gewählt und im Jahr 2007 von den Bürgern der Stadt im Amt bestätigt. Insbesondere seine Zeit als Sekretär im Innenministerium trug zum großen Bekanntheitsgrad Borissovs in der Öffentlichkeit bei. Schnell avancierte er zum Liebling der Medien, wodurch seine Sympathiewerte sichtbar in die Höhe schossen. Dazu trugen nicht nur seine Bürgernähe, sondern auch seine Biographie, sein resolutes Auftreten und nicht zuletzt seine markigen, teilweise umgangssprachlich gefärbten Äußerungen bei. Als Hauptsekretär des Innenministeriums sowie OB der Hauptstadt hat er jedoch gleichfalls gezeigt, dass er Probleme nicht nur beim Namen nennen kann, sondern weiß Lösungsansätze zu propagieren und diese umzusetzen.

DAS ERBE DER VORGÄNGERREGIERUNG

Bulgarien wurde im Jahr 2004 während der Zeit der Regierung Simeon Saksoburggotskis NATO-Vollmitglied und in der Amtszeit der Regierung Stanischev im Jahr 2007 EU-Mitglied. Es ist allerdings unverkennbar, dass die EU gewisse Kompromisse bei der Aufnahme Bulgariens in die Gemeinschaft eingegangen ist. Nicht zufällig wurde ein so genannter Kooperations- und Verifizierungsmechanismus eingerichtet, der auch nach dem formellen Beitritt zur Union den Fortschritt des Landes dokumentieren soll.

Gleichfalls ist fast Tradition, dass jede neue Regierung die Tätigkeit des Vorgängerkabinetts kritisch begutachtet und eventuelle Startschwierigkeiten mit dem vorgefundenen Erbe erklärt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Kabinett Borissov nicht mit Enthüllungen über Misswirtschaft und Korruptionspraktiken der Stanischev-Regierung spart. Im vorliegenden Fall muss man allerdings beachten, dass auch die EU-Kommission in ihren regelmäßigen Berichten über Bulgarien zahlreiche Mängel und Unzulänglichkeiten angeprangert hat.

Gleichfalls ist fast Tradition, dass jede neue Regierung die Tätigkeit des Vorgängerkabinetts kritisch begutachtet und eventuelle Startschwierigkeiten mit dem vorgefundenen Erbe erklärt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Kabinett Borissov nicht mit Enthüllungen über Misswirtschaft und Korruptionspraktiken

Gleichfalls ist fast Tradition, dass jede neue Regierung die Tätigkeit des Vorgängerkabinetts kritisch begutachtet und eventuelle Startschwierigkeiten mit dem vorgefundenen Erbe erklärt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Kabinett Borissov nicht mit Enthüllungen über Misswirtschaft und Korruptionspraktiken

der Stanischev-Regierung spart. Im vorliegenden Fall muss man allerdings beachten, dass auch die EU-Kommission in ihren regelmäßigen Berichten über Bulgarien zahlreiche Mängel und Unzulänglichkeiten angeprangert hat. Insbesondere werden immer wieder die Defizite bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität hervorgehoben. Es sind inzwischen Zahlungen in großer Höhe aus den EU-Fonds wegen intransparenter Aufnahme und Veruntreuung der Mittel eingestellt worden. Eines der großen Wahlversprechen von GERB war es, die EU-Finanzierung wieder in Gang zu setzen. Bezeichnend ist darüber hinaus, dass die Staatsanwaltschaft bereits gegen mehrere Minister aus der Regierung Sergej Stanischevs einschließlich Stanischev selbst Ermittlungen eingeleitet hat.

ALLGEMEINE EINSCHÄTZUNG DER ERSTEN 100 TAGE

Das neue Kabinett Borissov steht vor der großen Herausforderung, seine programmatischen Absichtserklärungen für Reformen unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise und infolgedessen anzunehmender steigender sozialer Spannungen umzusetzen. Die bulgarische Wirtschaft befindet sich bereits in der Rezession, was zu erheblichen Steuerausfällen geführt hat. Auch im kommenden Jahr ist mit einem leichten Rückgang des BIP oder bestenfalls mit einem Nullwachstum zu rechnen.

Es hat sich in der Politik das Ritual eingebürgert, nach Ablauf der ersten 100 Tage im Amt einer Regierung eine erste Einschätzung abzugeben. Allerdings kann es zuweilen schwierig sein, sich nach so kurzer Zeit ein Urteil über das Kabinett zu bilden. Nichtsdestoweniger hilft eine derartige Analyse oftmals bestimmte Trends und Entwicklungen ausmachen.

Insbesondere unter den beiden Vorgängerregierungen hatte sich in Bulgarien ein intransparenter Politikstil mit einer erheblichen Verwischung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten etabliert. Zudem war trotz der Mitgliedschaft in EU und NATO eine stärkere Ausrichtung der bulgarischen Außenpolitik auf Russland zu verzeichnen.

Nach 100 Tagen kann als erster Eindruck von einer sich abzeichnenden Wende im Politikstil gesprochen werden. Das unverkennbare Bemühen nach einer neuen, transparenten

Politik mit einer klaren politischen Verantwortung durch den Ministerpräsidenten Bojko Borissov zeigt einen starken Kontrast zum Zeitraum 2001 bis 2009. In der Außenpolitik gibt es ebenfalls Anzeichen eines Paradigmenwechsels mit einer stärkeren Hinwendung zur EU.

Meinungsumfragen belegen, dass die Regierung Borissov weiterhin über hohe Sympathiewerte verfügt. Dies wird durch die kommunalen Nachwahlen in der Hauptstadt Sofia sowie einigen weiteren Städten bestätigt. In Sofia konnte sich die von der Regierungspartei GERB aufgestellte und von Ataka sowie der Blauen Koalition unterstützte Kandidatin bereits im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gegen den sozialistischen Anwärter durchsetzen.

Meinungsumfragen belegen, dass die Regierung Borissov weiterhin über hohe Sympathiewerte verfügt. Dies wird durch die kommunalen Nachwahlen in der Hauptstadt Sofia sowie einigen weiteren Städten bestätigt. In Sofia konnte sich die von der Regierungspartei GERB aufgestellte und von Ataka sowie der Blauen Koalition unterstützte Kandidatin bereits im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gegen den sozialistischen Anwärter durchsetzen.

In den ersten 100 Tagen mussten der Ministerpräsident sowie mehrere seiner Kabinettsmitglieder jedoch bereits diverse, unter anderem während des Wahlkampfes getätigte Äußerungen widerrufen oder relativieren. Dadurch entstand der Eindruck einer gewissen Orientierungslosigkeit innerhalb der Regierung.

KONKRETE ENTWICKLUNGEN

Positiv zu bewerten ist, daß es der Regierung gelungen ist, innerhalb kürzester Zeit und unter den Bedingungen der Weltfinanzkrise, deren Auswirkungen auch in Bulgarien zunehmend spürbar werden, einen Haushaltsentwurf für 2010 zu erstellen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der makroökonomischen Stabilität und relevant als Vorbereitung für die geplante Einführung des Euro.

Aufgrund von Korruptionspraktiken hatte Brüssel in den letzten Jahren Zahlungen an Sofia aus dem Eurofonds in erheblicher Höhe auf Eis gelegt. Auf diesem Gebiet zeichnet sich ebenfalls eine positive Entwicklung ab. Nach den Umstrukturierungsmaßnahmen der neuen Regierung in den Ministerien wurden Zahlungen aus dem SAPARD- und dem ISPA-Programm wiederaufgenommen. Analysten rechnen damit, dass bis Jahresende auch die großen Finanzströme aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU wieder zu fließen beginnen könnten.

Positive Veränderungen können am Beispiel des Bauministeriums erkannt werden, das einem neuen, transparenten Stil bei der Erteilung öffentlicher Aufträge an den Tag legt. Auch im Umweltministerium, in dem viele wichtige Projekte bisher nicht vorankamen, haben die energischen Aktionen der neuen Ministerin für frischen Wind gesorgt.

Sehr bedeutsam angesichts der Kritik aus Brüssel, die vorwiegend die unzureichende Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption betrifft, ist die Arbeit des Justizministeriums. Es ist zu begrüßen, dass dort in den ersten 100 Tagen der Regierung Borissov Machenschaften aufgedeckt und beseitigt wurden, bei denen Figuren aus der Schattenwirtschaft Einfluß auf wichtige Personalentscheidungen im Justizsystem ausübten. Darüber hinaus wurde eine Reform im Bereich des Strafrechts und der Strafprozessordnung auf den Weg gebracht.

Als konkreter Schwachpunkt der neuen Regierung kann der schleppende Gesetzgebungsprozess im Parlament erwähnt werden. Das ist vermutlich zum Teil darauf zurückzuführen, dass trotz der klar formulierten Ziele der Regierung sich die meisten Kabinetts- und Parlamentsmitglieder zum ersten Mal aktiv in der Politik beteiligen und es ihnen daher an Erfahrung mangelt. Die Kapazität zur Umsetzung politischer Absichten in Gesetzentwürfe ist somit ausbaufähig.

Als konkreter Schwachpunkt der neuen Regierung kann der schleppende Gesetzgebungsprozess im Parlament erwähnt werden. Das ist vermutlich zum Teil darauf zurückzuführen, dass trotz der klar formulierten Ziele der Regierung sich die meisten Kabinetts- und Parlamentsmitglieder zum ersten Mal aktiv in der Politik beteiligen und es ihnen daher an Erfahrung mangelt. Die Kapazität zur Umsetzung politischer Absichten in Gesetzentwürfe ist somit ausbaufähig.

Auch hat das Kabinett gewisse Schwierigkeiten, die Turbulenzen innerhalb der Geheimdienste kontrollieren zu können. Innerhalb der letzten Wochen kam es hier immer wieder zur unkontrollierten Bekanntgabe von Geheiminformation.

DIE MEINUNG DER OPPOSITION

Die oppositionelle Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) bewertete die ersten 100 Tage des Kabinetts erwartungsgemäß als sehr negativ. Die Regierung sei von ihren Wahlversprechen abgerückt und habe keine Gesetzgebungsagenda. Zudem fehlten Maßnahmen zur Krisenbekämpfung, die veröffentlichten Botschaften seien widersprüchlich und der Politikstil autoritär und revanchistisch.

Die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) meinte hingegen anerkennend, das die Regierung nach Ablauf von 100 Tagen einen ungebrochen starken Zuspruch in der Bevölkerung genieße. Es seien aber bereits viele Fehler gemacht worden. Beispielsweise müssten Infrastrukturprojekte in den kleinen Gemeinden besser gefördert werden. Es genüge nicht, die Tätigkeit der Vorgängerregierung zu untersuchen und hinlänglich zu kritisieren. Vielmehr müsse die neue Regierung sich aktiv für die Bürger einsetzen.

Die meisten Kommentatoren in Land sind in ihren Einschätzungen der Lage in Bulgarien noch sehr zurückhaltend. Der den Sozialisten nahestehende Jurij Aslanov sprach in diesem Zusammenhang von einem verfrühten Zeitpunkt für die Bewertung der Regierung Borissov. Gegenwärtig, so seine Meinung, werde im Grunde genommen nur das Wahlversprechen zur Revision der Entscheidungen der Vorgängerregierung eingelöst. Hingegen werde über die anderen Engagements im Wahlprogramm von GERB überhaupt nicht mehr gesprochen. Die bürgerlich ausgerichteten Politikwissenschaftler Ognjan Mintshev, Rumjana Kolarova und Ewgenij Dajnov äußerten sich wohlwollender. Ognjan Mintshev ließ verlautbaren, dass endlich wieder eine verantwortliche Regierung im Amt sei, die sich verpflichtet fühle, ihre Aktionen der Öffentlichkeit zu erklären. Er bemängelte jedoch, dass das Kabinett noch zu sehr auf externe Ereignisse reagiere, anstatt eine eigene aktive Politik zu führen. Die Politikwissenschaftlerin Rumjana Kolarova ist hingegen Ansicht, dass es der Regierung gelungen

Der allgemeine Eindruck bisher sei positiv. Die eigentlichen Härten stünden aber noch bevor. Ewgenij Dajnov dagegen meinte, dass die neue Politik der Regierung Borissov zusammen mit der, des Kabinetts Kostov (1997–2001) die energischste Regierung seit der Wende im Jahr 1989 sei.

ist, den Rückhalt in der Bevölkerung zu konsolidieren und auszubauen. Der allgemeine Eindruck bisher sei positiv. Die eigentlichen Härten stünden aber noch bevor. Ewgenij Dajnov dagegen meinte, dass die neue Politik der Regierung Borissov zusammen mit der, des Kabinetts Kostov (1997–2001) die energischste Regierung seit der Wende im Jahr 1989 sei. Allerdings wird auch unter Borissov das Problem der

als Schattenwirtschaft tätigen Mafiagruppierungen bislang nicht entschieden genug angegangen. Zudem fehlt dem Kabinett bisher eine klare Konzeption zur Zukunft der großen russischen Projekte in Bulgarien (Kernkraftwerk Belene, Südstrom- und Burgas-Alexandroupolis-Pipelines), die von der Vorgängerregierung vereinbart wurden. Eine Bilanz nach den ersten 100 Tagen der Regierung Borissov bleibt somit verhalten optimistisch. Zwar zeigt die Regierung die Bereitschaft

und den notwendigen Tatendrang, die anstehenden Probleme lösen zu wollen, eine wirkliche politikpraktische Umsetzung und Änderung der gegenwärtigen Lage ist jedoch noch nicht in Sicht.